

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Qualifikation unterliegen. Wer erstlich entschlossen ist zur Durchföhrung dieser Reform, kann keine Zustimmung nicht abhängig machen von einer Forderung außerhalb des Rahmens dieses Gesetzes. — Der Antrag Döberecht schiebt die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer in den Winterganz.

Der Entwurf des Abg. Richter, daß das ganze Steuerreformprogramm einem einzigen Gesetz übergeben werden sollte, ist nicht durchzuführen, denn wenn die Beschlüsse des platten Landes werden die Beschlüsse haben, so muß ihnen eben so gut abgehoben werden wie denen aller anderen Klassen. Am entscheidendsten haben die Ueberweisung aller der preussischen Städte und an ihrer Spitze Berlin verlangt. Die Städte fordern ja auch am wenigsten Geld, doch in Berlin wird von einem gesetzlichen Programm nicht die Rede sein kann (Verord. rechts). Selbstverständlich wird auch nach der Ueberweisung die jetzige Art und Weise der Statistierung vom Staate fortgeführt werden. Die Ueberweisung auch der Gewerbesteuer wird in Zukunft nach nachmaliger Revision der Gewerbesteuer zweckmäßig. Aber da wir keine Aussicht haben, diese Steuern unmittelbar in die Hand zu kriegen, so muß diese Ueberweisung vorläufig zurückbleiben. Auch gegen den Antrag Sperlich muß ich mich erklären, weil er die Entwurfsteuern der späteren Reform noch verneint.

Es wird ja in den Kreisen derjenigen Einkommensteuerpflichtigen, welche das Gefühl haben, nach dem bisherigen Gesetz zu wenig bezahlt zu haben, und die nun fürchten, daß sie in Zukunft das ihnen gesetzlich Obliegende zu zahlen haben, die Zustimmung hochherzig, je näher der Zeitpunkt der Entscheidung herannäht (Sehr richtig! rechts). Andererseits haben sich aber bevorzogene Kreise, welche die Gerechtigkeit der Sache anerkennen, und die sich nicht um ihren eigenen Privatwohlstand kümmern, es müßte auf diesen Wege fortzuführen. Wir haben in diesen Kreisen eine große Anzahl Vertreter, die die Gerechtigkeit höher stellen als ihren eigenen Vorteil. Sehen sie doch auch der Abg. Windhoff trotz seiner einzelnen Bedenken, das Gesetz abzulehnen, weil der jetzige Zustand unholdbar ist. Wir haben kein Gegenreformprogramm, und scheitert dieses Gesetz, so ist es ein Scheitern auf unabweisbar und daraus wird eine größere Zustimmung hervorgehen, ein viel größerer sozialer Gehalt, als wenn die einzelnen Bestimmungen acceptieren, die Ihnen nicht gefallen, die wir Ihnen aber im Interesse des Landes unterlegen müssen. Ich bitte Sie, Herrriecht den Satz anzuerkennen: in dubio libertas. Ein solches Gesetz kann ohne geringste Einkommenssteuer, ohne Kommissionsmitglied, ohne irgendwelche Vorarbeiten, ohne Zustimmung, muß auf das Große und Ganze sehen und über Kleinigkeiten hinwegsehen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf v. Kanitz (kon.) spricht seine Befriedigung über die ablehnende Haltung des Ministerrats gegenüber der Quotierung aus. In England ist die Quotierung keineswegs allgemein beliebt, sondern habe vielfach Angriffsbedeutung hervorgerufen: in Gemeinden wiederum sprächen interne Gründe für die Quotierung, welche im Staate fortfallen. Wenn Abg. Richter sich im Reichstage als Mann des Volkes hinstelle, so dürfe er nicht gegen die Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer sein, weil diese Steuer ja auch zur Verbesserung der Lebensmittel indirekt beitrage.

Abg. Dr. Sattler (nl) hat gegen den Antrag Richter-Beibitz das Bedenken, daß derselbe dem Bedürfnis nicht gerecht werde, da die 18 1/2 Millionen erhebe. Diese Summe gebe der nationalökonomische Anhalt. Mit diesem empfiehe er die Kommissionsbestimmung.

Abg. Reiter (nl) erklärt, mit einigen feinen Freunden für den Kommissionsantrag stimmen zu wollen. Abg. Beibel (rt) spricht gleichfalls im Sinne einer Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen, um die in den Stand zu setzen, ihren wachsenden Aufgaben gerecht zu werden. Richter empfiehlt ferner den Antrag der Kommission, aus den Ueberweisungen der Einkommensteuer der Willkür der Statthalter zu verhindern. Der Antrag Richter-Beibitz sei für den größeren Teil der freirepublikanischen Partei unannehmbar, weil er dem Prinzip widerspreche, daß die reicheren Kreise den ärmeren zu Hilfe kommen müßten.

Ein Schlußantrag wird hieran angenommen. In der Abstimmung werden sämtliche Veränderungen anträge in dem §§ 28 und 29 abgelehnt. Der Antrag Richter-Beibitz antrag Richter auf Einführung der Quotierung gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Theils des Centrums, und die Paragraphen in der Fassung der Kommission gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Konservativen und einiger Freirepublikaner angenommen.

Am 12. Februar hat heute ein Gesetz über den Antrag Richter-Beibitz gegen die Freisinnigen, einen Teil der Nationalisten und der Freirepublikaner, und darauf das Gesetz selbst sowohl in der Kommissions- wie in der Regierungsfassung mit großer Majorität abgelehnt. Genau verlag das Haus die weitere Beratung der Einkommensreformvorlage (Wahlrechtbestimmungen) auf Mittwoch 12 Uhr.

Ustland.

England. Der Ministerrat hat am Samstag die Eingehung einer königlichen Kommission zur Untersuchung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschlossen. Nach dem „Standard“ sollen sich die Arbeiten der Kommission hauptsächlich darauf beschränken, Mittel zur Vermeidung eines Streikes ausfindig zu machen, auch dürfte die Feststellung eines normalen Arbeitstages angestrebt werden.

Das Marinebudget für 1891/92 veranschlagt die Ausgaben auf 14 1/2 Millionen Pfund Sterling. Der erste Lord der Admiralität führt in einem Memorandum aus, daß von den in dem Reorganisationsplane von 1889 vorgesehenen 70 Schiffen vor dem Jahre 1894 60 fertig gestellt sein sollen. Der Vorschlag der Baukosten werde infolge der Erhöhung der Materialpreise überschritten werden.

Vorb Merden wurde am Montag der Beschlusse eines Beschlusses zur Uebernahme der russischen Juden und erklärte, der Zweck des Beschlusses sei, die Juden zu unterstützen und zu befreieren, besonders aber die Gründung einer eigenen Judenkolonie in Palästina zu ermöglichen. Eine hierzu bezügliche Resolution wurde von der Versammlung angenommen.

In der Nähe der holländischen Docks wurden gestern Mafake angeschlossen, welchen die Franzosen, deren Schiff sich auf ungefähr 3000 Bekleid, aufgedeckt werden, die Arbeit niederzulegen.

Frankreich. Ende d. W. wird der Kammer der Bericht über zur Prüfung des Friedensvertrages mit Dalmatien niedergelassen Kommissionsmitglied. Die Kommission wird sich am 20. März in mehreren Sitzungen mit den von der Regierung gewünschten Änderungen mehrerer Artikel befassen, welche nur die Fülle auf Festschreibung und Zuteilung und befreite Festschreibung, Cocons und Spartenware von jeder Steuer. Die Fülle auf trodrene Trauben wurden auf 20 bezug. 20 Frs. festgesetzt und diejenigen auf gedöbeltes Holz auf 4 bezug. 3 Frs. ermäßigt.

Das Journal „La France Nouvelle“ veröffentlicht einen Brief des Papstes an den Kardinal Lavignerie, in

welchem der Paps anerkennt, daß der Eifer Lavignerie's und die dem Heiligen Stuhle erwiesenen guten Dienste desselben der Gegenwart und den Erwartungen des Papstes entsprechen.

Der „Gaulois“ erzählt von dem Bischof Freppel nahe stehender Seite, das Resultat der Weisheit des Bischofs Freppel nach Rom ist, daß sich die Katholiken Frankreichs in derselben Lage befinden wie vor einem halben Jahre und daß der Paps ihnen keinerlei Anstalt anrathe noch antrahen werde.

Belgien. Der Generalrat der Arbeiterpartei beschloß am Montag abend, daß an einem zu bestimmenden Tage im April überall die Arbeit eingestellt werden soll, wenn die Kammer bis dahin die Revisionsfrage nicht in günstigen Sinne gelöst hat. Nach Schluß des zum 31. März nach Paris bestimmten internationalen Kongresses soll der Tag näher bestimmt werden. Sobald die Kammer ihre Verhandlungen über die Verfassungsrevision begonnen hat, wird die Arbeiterpartei eine letzte Warnung im Lande verbreiten und die Kammer ersuchen, einem allgemeinen Auslande vorzugehen. Sonst wird die Kammer bezugs Beschleunigung der Debatte über die Revisionsinterpellation. Die Delegierten der belgischen Arbeiter, welche sich zu dem internationalen Kongress nach Paris begeben, haben den Auftrag erhalten, die Unterstützung der auswärtigen Grundarbeiter nachzuführen, falls in Belgien ein allgemeiner Streik zum Ausdruck kommen sollte. Die Arbeiter sollen keine Unterthürungen fordern, aber verlangen, daß die unwürdigen Grundarbeiter durch die Drohung, selbst den Streik zu beginnen, die Einfuhr von Kohlen aus dem Auslande nach Belgien verhindern.

Oesterreich-Ungarn. Heute sollen in der östlichen Hofburg unter Vorhug des Kaisers militärische Verhandlungen beginnen, an denen die Erzherzoge Albrecht und Wilhelm, sowie der Kriegsminister Freyer v. Bauer und der Chef des Generalstabs Freiherr v. Beck theilnehmen werden.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus brachte gestern der Finanzminister Bederie einen Gesetzentwurf ein betr. die Bewilligung zur Aufnahme einer Gemeinwärtigen zugunsten der ungarischen evangelisch-reformierten öffentlichen Fonds der entsprechenden Fonds der evangelischen Kirche Ungarnsburger Konfession. — Nach einer zweistündigen Rede des Justizministers Szilagyai wurde die Vorlage bei der Konjunkturalgerichtbarkeit mit 188 gegen 102 Stimmen angenommen.

Wie man der „M. Z.“ aus Pest meldet, wurde von einer geheimen Reichstagsitzung nach langen Beratungen abgesehen, dagegen wird die Regierungspartei demnächst einen Antrag auf Verschärfung der Hausordnung einbringen. Ministerräsident Szapary erklärte, die Regierung werde diese Antrag annehmen und durchführen.

Der „Pol. Anzeiger“ zufolge wird die Unterzeichnung der „Berliner rumanischen Eisenbahnkonvention“ Donnerstag abgelehnt.

Erzherzog Franz Ferdinand stattete am Montag dem Minister des Auswärtigen Grafen Kalnoky einen einstündigen Besuch ab.

Das Festessen des Grafen Taaffe hat sich soweit gehend, daß derselbe das Bett verlassen konnte.

Bei dem von den Gemeindeföhrern in Spalato am Dienstag dem deutschen Gesandten zu Ehren veranstalteten Festessen brachte der Kaiser ein Toast auf den deutschen Kaiser, den neuen Reichskanzler des Österreichischen Reiches, aus. Contre-Admiral Schröder erwiderte mit einem Toast auf den Kaiser Franz Josef und sprach seinen Dank für das lebenswichtige Gegenkommen und die erwiesene Gastfreundschaft aus. Beide Toaste fanden begeisterte Aufnahme. — Das österreichische Gesandtenbüro ist gestern in der Sitzung auf Blume abgedummt.

Rußland. Wie uns aus Petersburg mitgeteilt wird, beabsichtigt das russische Domänenministerium die obligatorische Saatensicherung gegen Hagelwetter einzuführen. Die mit der Ausarbeitung des betr. Gesetzentwurfs betraute Kommission hat ihre Arbeiten beendet und das Projekt soll nunmehr den landwirtschaftlichen Vereinen, Versicherungsgesellschaften usw. zur Begutachtung zugestellt werden.

Mehrere Glieder des finnländischen Senats haben um ihre Entlassung nachgesucht, weil der Generalgouverneur, Graf Hohen, um Verlegung der Verfassung dem Willen des Kaisers für die einzige Revision erwidern, in mehreren Angelegenheiten vom Senat forderte, daß er sich den Wünschen der russischen Regierung widerprüchlich unterordne. Die Demission verurteilt große Sensation. Die Verstränkungen, die bisher in Finnland bei Erwerb von Grundbesitz durch russische Untertanen bestanden haben, sind mittels Kaiser. Erlass aufgehoben.

Rumänien. Die Regierung beabsichtigt, nach einer Meldung der Wiener „Polit. Korresp.“, erst nach dem Inkrafttreten des neuen autonomen-Tariffs im Juli d. J., der nur für einige Artikel Güter, sonst aber sehr niedrige Zölle festsetzt und mit dem Prinzip von Kampfsoll vollständig bricht, in Verhandlungen über Handelsverträge einzutreten, und hierbei hauptsächlich die Stabilisierung der Zollsätze des autonomen Tariffs ins Auge zu fassen. Die ersten Verhandlungen sollen mit Oesterreich-Ungarn stattfinden.

Der Attache der rumänischen Gesandtschaft in Wien, Rudolf de Bacaresco, ist nach Bukarest abberufen worden.

Serbien. Die neuen Minister, welche gestern vereidigt wurden, übernehmen bereits die Geschäfte. Heute oder morgen findet die Vorstellung des Kabinetts in der Suphina statt, wobei Kaiserlich das Programm der neuen Regierung entworfen wird.

Die von der österreichischen Presse geäußerten Besorgnisse wegen des Ministeriums Kaiserlich werden an zukünftiger Stelle als gänzlich unbegründet bezeichnet. Das Ministerium Kaiserlich werde mit derselben Energie, welche es sich bei seinem ganzen Vorgehen zur Aufgabe gestellt hat, auch die übernommenen freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu pflegen und zu kräftigen bestrebt sein. Der Präsident des Staatsrats Dostich hat demissionirt; der bisherige Ministerpräsident Grattich wurde an dessen Stelle zum Staatsratspräsidenten ernannt.

Norwegen. Die norwegische Ministerkrisis dauert fort. Die Schwierigkeiten bei Bildung eines Kabinetts der Linken sind anscheinend bedeutend, und zwar infolge der von

den Radikalen erhobenen Forderung, daß ihr bekannter Führer Steen zum Chef des neuen Ministeriums berufen werden soll, wogegen der König früher entschiedenen Widerpruch erhob.

Dänemark. Die Annahme des im Reichstag eingebrachten Gesetzentwurfs zur Anlage eines Freizeits bei Kopenhagen wird schon in der gegenwärtigen Session als gesichert betrachtet.

Äfrika. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Massaua unternahm eine Expedition von 600 Mann einen Raubzug über die Grenze, wurde aber von dem Kapitän Pinetti mit eingeborenen Truppen zurückgeschlagen. Der feindliche Verlust wird auf 200 Tote, darunter 3 Anführer, sowie viele Verwundete und Gefangene angegeben.

China. Wie man aus Peking telegraphisch meldet, haben die wegen der Indiensfrage der Seandten schwedischen Unterhandlungen nunmehr einen befriedigenden Abschluß gefunden.

Nordamerika. Aus Pineridge berichtet man, die Delegierten der Sioux-Indianer seien aus Washington sehr unzufrieden zurückgekehrt. Sie beschuldigen, ihre Beschwerden der höchsten Regierungsinstitution vorzutragen, müßten sich aber mit einer kurzen Audienz bei einem Beamten begnügen, da der Präsident eine Unterredung mit ihnen ablehnte.

Südamerika. Der gefesebende Kongress Brasiliens hat am Montag die endgültige Fassung der Konstitution angenommen. Derselbe sollte gestern öffentlich bekanntgegeben werden, eben so die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Republik, welche unmittelbar darauf ihr Amt antraten sollten. Bei den Municipalwahlmahlen in Buenos-Aires gewannen die Kandidaten der Union Civic 4 Sitze.

Geriichtsverhandlungen.

□ Nordhausen, 24. Febr. In der heutigen Schwurgerichts-Sitzung wurde gegen die der Schwerverletzung mit tödlichem Erfolge angeklagten Bergarbeiter Michael Gonschorek, Michael Ull, Friedrich Gonschorek, Heinrich Substane und Karl Wörst, sämtlich aus Nordhausen, verhandelt. Am 12. April v. J. war die Ehefrau des Bergarbeiters Wieganski aus ihrer polnischen Heimath bei ihrem Gemahnen in Göttern entgangen, aus welchem Anlasse dieser ebenfalls ein letztes Willstestament verfaßte, an der auch einige Freunde theilnahmen. Derselbe wurde in einer Wälder-Gelegenheit aufgefunden und von der ehelichen Ehe bezeugen Erben des Arbeiters Fritz. In dem oberen Stockwerke wohnte die Arbeiterin Christiane Sied, bei welcher um dieselbe Zeit der damalige Geliebte des Wädchens, Bergarbeiter Gonschorek zu Besuch war. Dieser Umstand scheint die Eifersucht einiger Kameraden des Gemannens erregt zu haben, welche während der Beiseue erschienen und dort Wägen machten, als sie bei der Sied ihren Eintritt fanden. Schließliche entfiel im Hausflur eine Schläger und da es hierbei sehr laut herging, trat Wieganski aus der fischen Stube heraus, um Hilfe zu bitten und die Streitenden zu verdrängen; ein Versuch, der ihm das Leben kosten sollte. Er erhielt nämlich, wie er noch selbst ausgesagt hat, von einem Bergmann ein Messer in die Brust, welches er Schlag auf den Kopf, worauf er sofort hart stütend zu Boden fiel. Nach dem Gutachten der ärztlichen Sachverständigen ist bei der dritten Tage nach der That erfolgte Tod des Wieganski einzig und allein durch eine Kopfverletzung herbeigeführt und diese selbst kann nur durch einen Schlag mit einem schweren scharfen Gegenstande herbeigeführt worden sein. Gonschorek tritt die Mithat an und will sich einen abgedummt Verantwortlichen mitgenommen haben, um sich bei einem ihm drohenden Verurtheile, von dem er angeblich etwas gehört, wehren zu können. Gonschorek er, an jenem Abend eine ganze Zuppe getrunken zu haben, was indessen mehrere Zeugen ausdrücklich bezeugen. Die vier anderen Angeklagten wollen überhaupt nicht bei dem Streite theilgenommen sein. Ein Zeuge (Arbeiter Eppanoff) erklärt, daß ihm am Mittwoch erit von einem Bergmann Namens Gibe in Göttern mitgeteilt worden ist, ihm habe Gonschorek nach einem Zusammenstoß erzählt, er habe Wieganski mit einem eisernen Weibel auf den Kopf geschlagen, und wenn er das nicht glauben wollte, so möchte er nur seine Geien ansehen, welche noch voll Blut seien. Derselbe hat die Besichtigung der Wunden des Gibe und einiger anderen bei der Unterredung mit Eppanoff zugegen gewissen Bergarbeiter am morgen verüßt und bis dahin die weitere Verhandlung verlag.

* Guben, 24. Febr. Das Schwurgericht verurtheilte den Arbeiter Arthur Loh und den Arbeiter Theodor Loh auf Wege bei Guben wegen Falschmünzerei, bezogen durch Anfertigung von falschen Dänemark- und Preussenscheideln, zu mehreren Jahren Gefängnis, sowie Stellung unter Polizeiaufsicht, den letzteren zu 9 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust.

* Samsburg, 24. Febr. Der Vorsitzende des Streikkomites der Felzer und Zimmer, Hoffmann, wurde, weil er angeblich einen Kollegen mit Todtschlag bedroht, in der vorigen Woche zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Gegen eine Revision von 2000 M. ist er gestern nachmittags aus der Haft entlassen worden. Hoffmann will beim Reichsgericht Revision einlegen. (S. 2.)

* Naumburg, 24. Febr. Die erste Sitzung der gestern begonnenen Freihandlung des hiesigen Schwurgerichts endete mit Verurtheilung des Schwärmeres Sied aus Lengsfeld wegen Muthuhs auf 5 1/2 Jahren Zuchthaus.

* Leipzig, 24. Febr. Das Schöffengericht verurtheilte den verurtheilten Felzer und Zimmer, Hoffmann, wegen Verurtheilung des Schwärmeres Sied aus Lengsfeld wegen Muthuhs auf 5 1/2 Jahren Zuchthaus.

* Straubing, 24. Febr. Das niederbayerische Schwurgericht verurtheilte den Bauer Einkammer von Lengsfeld wegen Muthuhs zum Tode. Der Angeklagte hatte den Jagdpächter Seidner von Speck hochgradig verurtheilt, daß er dem Streite theilgenommen sei. Ein Zeuge (Arbeiter Eppanoff) erklärte, daß ihm am Mittwoch erit von einem Bergmann Namens Gibe in Göttern mitgeteilt worden ist, ihm habe Gonschorek nach einem Zusammenstoß erzählt, er habe Wieganski mit einem eisernen Weibel auf den Kopf geschlagen, und wenn er das nicht glauben wollte, so möchte er nur seine Geien ansehen, welche noch voll Blut seien. Derselbe hat die Besichtigung der Wunden des Gibe und einiger anderen bei der Unterredung mit Eppanoff zugegen gewissen Bergarbeiter am morgen verüßt und bis dahin die weitere Verhandlung verlag.

* Meiningen, 24. Febr. Unter Vorhug des Oberlandesgerichtsraths Herrmann-Jena trat gestern das Schwurgericht zur Zusammen. Der erste Verhandlungstag betraf den Wädchens David Wäler aus Friedrichshagen, der wegen unehrlichen Diebstahls der Angeklagte hatte in Weina einen Wädchens eine Summe Geldes entwendet und die Frau nach der That zurückkehrende Frau mit einem Stode blutig geschlagen zu 3 Jahren Zuchthaus und Nebenstrafen verurtheilt wurde.

* Gera, 24. Febr. In heutiger Sitzung des Schwurgerichts wurde u. a. gegen den Wäler Friedrich Gonschorek, Nordhausen wegen Muthuhs, Führung falscher Titel, Muthuhs, Oden und Grenzzeichen verurtheilt. Der Angeklagte ist ein überhöflich sympathische Persönlichkeit, hat aber schon dreimal in Weimar auf der Anklagebank Platz nehmen müssen und ist das letzte mal zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt worden. Er ist

